

Bezahlkarte

Überblick

1	Worum es bei der Bezahlkarte geht	1
2	Geschichte und Zeitplan der Bezahlkarte (BK)	1
3	Gegenargumente zu den Begründungen für die Bezahlkarte	2
3.1	Migration ist nicht außer Kontrolle, „Wir schaffen das“ gilt noch immer.....	2
3.2	Veraltete Theorie der „Pull-Faktoren“, es gibt andere Fluchtgründe	2
3.3	Rücküberweisungen durch arbeitende Migrant:innen sind als Entwicklungshilfe anerkannt	2
3.4	Mehraufwand statt Erleichterung durch die BK: Argumentation der Kölner Verwaltung.....	2
4	Tauschbörsen als solidarische, praktische Aktion gegen die Bezahlkarte	3
4.1	Sind die Tauschbörsen / Wechselstuben legal?	3
4.2	Erfahrungen aus anderen Städten, wo die Bezahlkarte schon früher eingeführt wurde:	3
4.3	Prinzip der Tauschbörsen	3
4.4	Tauschaktion in Köln für Geflüchtete in der EAE (ErstAufnahmeEinrichtung).....	3
5	Weitere Informationen und Stellungnahmen zur Bezahlkarte	3

1 Worum es bei der Bezahlkarte geht

Begründet wird die Einführung der BK mit der Verringerung von Anreizen für irreguläre Migration, Steuerung des Verwendungszwecks für Sozialleistungen, Vereinfachung für die Verwaltung

In der Praxis heißt das: Durch die Bezahlkarte sollen Geflüchtete nicht mehr selber bestimmen können, was und wo sie wieviel bezahlen wollen (vgl. [Ausgestaltung](#) der BK in den versch. Bundesländern). **Sie sollen**

- nicht mehr überall bezahlen, sondern nur noch in bestimmten Gebieten (PLZ-abhängig).
- nicht mehr beliebig Bargeld abheben, sondern z.B. nur noch 50 Euro im Monat.
- nicht mehr auf dem Markt, in kleinen Geschäften, in Second-Hand-Läden einkaufen oder Beiträge bei den Tafeln, auf Festen, für die Klassenkasse etc. bezahlen – sondern nur noch dort, wo es Kartenlesegeräte gibt.
- nicht mehr online einkaufen und bezahlen.
- nicht mehr Verträge und Abonnements abschließen, bei denen Lastschriften verlangt werden, z.B. Handyverträge, Deutschlandticket, Versicherungen etc.
- nicht mehr mit Überweisungen bezahlen, z.B. Honorare bei Rechtschutz.

Solche örtlichen und sachlichen Beschränkungen sind massive und diskriminierende Eingriffe in die Handlungsfreiheit und Würde der Menschen. Gegen diese **diskriminierende** Bezahlkarte richten sich Proteste.

2 Geschichte und Zeitplan der Bezahlkarte (BK)

- | | |
|------------|---|
| 2016 | von der AfD mehrfach ins Spiel gebracht, aber nicht aufgegriffen |
| 2023 | CSU macht die Bezahlkarte im bayrischen Landtagswahlkampf zu einem zentralen Punkt ihrer Migrationspolitik |
| 06.11.2023 | Beschluss der Bundeskanzler-MinisterpräsidentenKonferenz (MPK) über die Einführung der BK |
| 12.04.2024 | Der Bundestag ändert das AsylbLG (= Asylbewerberleistungsgesetz):
Alle Bundesländer sollen die Bezahlkarte für finanzielle Leistungen einführen (20/11005) .
Die Art der Umsetzung ist Ländersache (-> Erlässe der Länder, Ausgestaltung der BK) |
| 16.04.2024 | Kölner Kampagne „Selbstbestimmung statt Bezahlkarte“ (Petition , Worum es geht)
und andere NRW-Initiativen gegen die Bezahlkarte (Übersicht FR NRW) |
| 20.06.2024 | MPK legt einheitlichen Bargelddbetrag fest (Beschluss) / Warum 50-Euro: ZEIT vom 5.12.2024 |
| 18.12.2024 | NRW-Landtag: Gesetz mit Opt-Out-Regelung (in Kraft seit 31.12.2024, Entwurf vom 4.10.2024, Verlauf), Verordnung (in Kraft seit 07.01.2025, Entwurf vom 22.10.2024), d.h. die Bezahlkarte wird für Asylbewerbende in NRW eingeführt, die Kommunen können jedoch die Nicht-Einführung beschließen (= Opt-Out-Option). 12 Mio. Euro vom Land bekommen die Kommunen für die Einführung und Betrieb der BK, Personal- und Arbeitsplatzkosten sind ausgenommen. |
| 07.01.2025 | NRW: Beginn des Ausrollens der Bezahlkarte (in 5 Bezirksregierungen, 396 Kommunen)
Infos der NRW-Landesregierung: PPT vom 15.1.2025 , Webseite mit One-Pager-Digital , Kartennutzungsvereinbarung , Besondere Vereinbarung in ca. 20 verschiedenen Sprachen. |
| Ab Jan. 25 | Ca. 60 NRW-Kommunen beschließen die Nicht-Einführung (Opt-Out-Option): Übersicht , Kosten |

- 03.04.2025 Rat der Stadt Köln beschließt die **Nicht-Einführung** der Bezahlkarte nach der Beschlussvorlage ([0421/2025](#)), die v.a. mit dem Mehraufwand für die Verwaltung argumentiert ([Ö 10.9](#)).
- April 2025 Im [Koalitionsvertrag 2025](#) von CDU/CSU/SPD steht: "Wir wollen, dass die Bezahlkarte deutschlandweit zum Einsatz kommt, und werden ihre Umgehung beenden." (S. 19, Zeile 523)

3 Gegenargumente zu den Begründungen für die Bezahlkarte

Momentan vorherrschendes Narrativ: Deutschland sei durch die irreguläre Migration überfordert. Daher Begrenzung der Migration durch Schließung der Außengrenzen und Abschreckung, d.h. Verringerung der Anreize durch Sozialleistungen („Pull-Faktor“), außerdem sei die BK eine Vereinfachung für die Verwaltung.

3.1 Migration ist nicht außer Kontrolle, „Wir schaffen das“ gilt noch immer

- **Studie:** Wenn sich 40% der Kommunen als „überfordert“ bezeichnen, ist es die Mehrheit von 60% nicht.
- Der rechte Diskurs von „Bedrohungsszenarien“ durch Geflüchtete („Flüchtlingsflut“, „illegale Migration“) wurde von den demokratischen Parteien übernommen: wieder Kontrolle, Steuerung in der Migrationspolitik -> Uwe Becker: „Wir haben die Ertrinkenden zur Flut gemacht“ ([KStA 29.2.2024](#), [Buch](#) als [PDF](#))
- Aber die Probleme der Wohnungsnot, Schulnot etc. sind Folge von langfristigen politischen Versäumnissen, die von Geflüchteten verstärkt, aber nicht verursacht werden.

3.2 Veraltete Theorie der „Pull-Faktoren“, es gibt andere Fluchtgründe

- Asylsuchende kommen nicht wegen der Sozialleistungen, sondern wegen der Situation in ihren Heimatländern. Die Theorie der Pull-Faktoren stammt aus den 60er Jahren und ist wissenschaftlich widerlegt. (Vgl. DeZIM „Mythos, Desinformation...“ [Fake 3+4](#), ARD-Tagesschau [Faktenfinder vom 12.10.2022](#))
- **Studie des BAMF** ([Link](#)) zeigt, dass die Höhe der Sozialleistungen auf der Flucht kaum relevant sind. Nach Deutschland kommen 73% wegen Achtung der Menschenrechte, nur 26% wegen Sozialleistungen.

3.3 Rücküberweisungen durch arbeitende Migrant:innen sind als Entwicklungshilfe anerkannt

- **Die Leistungen für Asylbewerber:innen sind zu gering**, um davon Geld abzweigen zu können: 196 € in Erstaufnahmeeinrichtungen, wenn es auch Sachleistungen gibt; max. 441 € als Regelleistung ([Link](#)).
- Schlepper werden **vor** der Flucht bezahlt, nicht auf Kredit, der mit Überweisungen zurückgezahlt würde.
- **DIW-Studie 2024: „Geflüchtete senden seltener Geld ins Ausland als andere Migrant*innen“** – Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW): [Webseite](#), [Kurzbericht](#), [Video](#) ([Transkript](#)), [Infografik](#)
Artikel: „Lüge zur Einführung“ (MiGAZIN [4.12.2024](#)), „Faktenfreie asylpolitische Debatte“ (taz [5.12.2024](#))
- **Rücküberweisungen (Remittances) geschehen durch Migrant:innen, die arbeiten** (Mediendienst Integration [Dez. 2024](#)) / [RP vom 7.10.2023](#))
- **Auslandsüberweisungen (Remittances) sind informelle Entwicklungshilfe, verhindern weitere Flucht**
Interview mit Sabine Zinn „Auslandsüberweisungen spielen eine essenzielle Rolle bei der Entwicklungshilfe“: [Link](#), [PDF](#) / „Sie verbessern die Lebensbedingungen vor Ort, so dass der Druck auszuwandern abnimmt. Rücküberweisungen können also auch für weniger Migration sorgen.“ (Prof. Matthias Lücke im [Interview 29.2.2024](#)) / Das BMZ ([Artikel vom 11.7.2023](#)) will daher Rücküberweisungen als Form der Entwicklungshilfe – gemäß der UN-[Agenda 2030](#) – durch die Kostensenkung für Geldtransfers **erleichtern**.

3.4 Mehraufwand statt Erleichterung durch die BK: Argumentation der Kölner Verwaltung

Zur Vorbereitung des [Ratsbeschlusses](#) am 3.4. zur Nicht-Einführung der Bezahlkarte in Köln hat die Verwaltung die Beschlussvorlage [0421/2025](#) erstellt und führt v.a. den Mehraufwand in mehreren Bereichen an:

- Es gibt in Köln bereits bewährte Wege: Von den ca. 2400 Asylbewerbern haben 85 % ein Girokonto, Barzahlung nur für 15% (333 Bedarfsgemeinschaften).
- Überweisungen sind erforderlich (z.B. Miete, Energie, KVB, Vereinsbeiträge, u.a.) und müssen auf den Bezahlkarten individuell eingerichtet werden.
- Wohnformen sind unterschiedlich und erfordern individuelle Einrichtungen auf den Bezahlkarten: 45 % in städtische Unterkünfte (Notunterkünfte mit Verpflegung, Gemeinschaftsunterkünfte ohne Verpflegung), 55% in privaten Wohnungen mit Girokonto für Miete, Energiekosten, Versicherungen, etc.
- Arbeiten: Bei Arbeitsaufnahme Wechsel auf Girokonto (weil der Arbeitgeber nicht auf Bezahlkarte überweisen kann), bei Beendigung wieder vom Girokonto zurück auf die Bezahlkarte
- Ansprüche der Kinder müssen der BK der Eltern händisch zugeordnet werden.
- Neueinrichtung aller individuellen Details bei Verlust, Diebstahl etc.



4 Tauschbörsen als solidarische, praktische Aktion gegen die Bezahlkarte

4.1 Sind die Tauschbörsen / Wechselstuben legal?

Gegen die Vorwürfe der CSU „Asyl-Gutschein-Betrug“ (München.t-online vom 16.7.2024, Bild vom 16.7.2024) teilte die Staatsanwaltschaft München der Polizei mit, dass die Tauschbörsen legal sind: [Link](#).

4.2 Erfahrungen aus anderen Städten, wo die Bezahlkarte schon früher eingeführt wurde:

München: <https://offen-muenchen.de> (Wechselstuben)

Hamburg: www.bezahlkarte-nein.de

4.3 Prinzip der Tauschbörsen

Früher: Direkter Tausch von Bon in Bargeld

Jetzt: Umtausch in mehreren Phasen:

1. Mit ihrer Bezahlkarte kaufen Geflüchtete einen Gutschein im Geschäft:



2. Für den Gutschein bekommen Geflüchtete Bargeld in der Tauschstelle



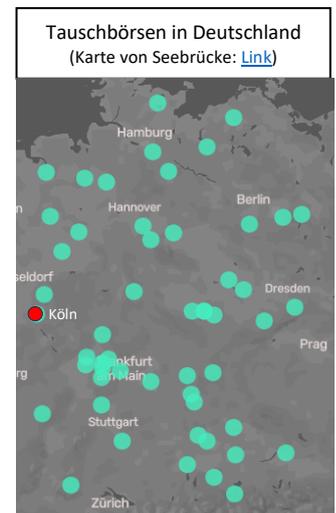
3. Gutscheine tauschen solidarische Menschen wieder in Bargeld



4.4 Tauschaktion in Köln für Geflüchtete in der EAE (ErstAufnahmeEinrichtung)

Auch wenn der Rat der Stadt Köln am 3.4.2025 die Nicht-Einführung der Bezahlkarte in der Stadt beschlossen hat, so gibt es in Köln noch die EAE (ErstAufnahmeEinrichtung) an der Schönhauser Straße als Unterkunft des Landes NRW, wo die Bezahlkarte ab April 2025 eingeführt wird.

Ein Bündnis aus Aktiven von Seebrücke, No Borders Cologne, dem Kölner Flüchtlingsrat e.V., dem AK-Politik und von Einzelpersonen baut die Tauschaktion auf und sammelt **Spenden für ein Grundbudget**, um erste Beträge auszahlen zu können (Mit dem Spendenziel 4000 € können 80 Geflüchtete Bargeld für Gutscheine von 50 € bekommen) und den Kreislauf ins Rollen zu bringen. E-Mail: neinzurbezahlkarte_koeln@riseup.net
Ausführliche Informationen: <https://www.goodcrowd.org/koeln-sagt-nein-zur-bezahlkarte>



5 Weitere Informationen und Stellungnahmen zur Bezahlkarte

- **Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF):** FAQ zur Bezahlkarte ([Link](#))
- **Erklärung** „Gleiche soziale Rechte für alle! NEIN zur Bezahlkarte!“ [unterschreiben](#), die auf der bundesweiten Tagung am 15.2.2025 in Hannover verabschiedet wurde. Weitere Vernetzung und Aktionen: [Link](#)
- **FR NRW:** Bezahlkarte in NRW - Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis: [Link](#)
- **Pro Asyl:** „Lange Liste der Probleme (PM vom 9.10.2024) / „Diskriminierungsfreie Ausgestaltung: Die Stadt Hannover macht vor, wie das aussehen kann (PM vom 20.2.2024)“
- **Social Card in Hannover:** [PM vom 8.12.2023](#), [Infoblatt in Leichter Sprache](#) / [TAZ 19.8.2023](#)
- **DeZIM:** Wissenschaftliche Einschätzungen zur Bezahlkarte: [Webseite](#), [PM](#), [Expertise](#), [Stellungnahme](#)
- **Freie Wohlfahrtspflege NRW:** „NRWs beste Bezahlkarte ist das Bankkonto“, [PM](#), [Positionspapier](#), [FAQ](#)
- **Diakonie Deutschland:** [Faktencheck](#) und [Positionspapier](#) zur Bezahlkarte
- **Factsheets der Caritas** zur Migrationsdebatte ([Webseite](#)): „[Auslandsüberweisungen](#)“, „[Bezahlkarte](#)“, „[Sozialleistungen als Pullfaktoren?](#)“, „[Wer kommt und wie viele?](#)“, [Wortwahl in der Migrationsdebatte](#)“
- **Pro Asyl:** Argumente gegen 10 Behauptungen aus der Politik als [PDF](#) und auf der [Webseite](#).

